

Hilfsmaßnahmen verzerren, Fortschritte erzielt wurden. Diese Bemühungen müssen entschlossen weitergeführt und in den zuständigen Gremien der OECD mit dem Ziel abgeschlossen werden, die geltenden Leitlinien möglichst bald zu verbessern.

Allgemeine Entwicklungsprobleme

22.

Die Entwicklung ist eine gemeinsame weltweite Herausforderung. Wir werden den Entwicklungsländern durch die Öffnung des Welthandelssystems und durch die Unterstützung ihrer Strukturanpassung helfen. Wir werden auch die wirtschaftliche Diversifizierung in Ländern, die von bestimmten Rohstoffen abhängig sind, sowie die Schaffung eines für den Technologie- und Kapitaltransfer günstigen Klimas fördern.

Wir betonen, daß die öffentliche Entwicklungshilfe nach wie vor von Bedeutung ist, und begrüßen die verstärkten Bemühungen der Gipfelteilnehmer in diesem Bereich. Wir nehmen die von internationalen Organisationen für den künftigen Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe bereits festgesetzten Zielvorgaben zur Kenntnis und betonen, daß die Finanzströme insgesamt für die Entwicklung wichtig sind.

Gleichzeitig unterstreichen wir die Bedeutung, die der Qualität der Hilfsmaßnahmen sowie der Evaluierung der Projekte und der finanzierten Programme zukommt.

23.

Wir fordern die Entwicklungsländer dringend auf, eine solide Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die Durchführung einer Finanz- und Fiskalpolitik, die für Inlandsinvestitionen Anreize schafft und das Wachstum sowie die Rückführung von Fluchtkapital fördert, ist ein ausschlaggebender Faktor.

24.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die multilaterale Hilfsinitiative für die Philippinen, der in der Wirtschaftserklärung von Toronto besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, wesentliche Fortschritte gemacht hat.

25.

Angesichts der beunruhigenden wirtschaftlichen Lage Jugoslawiens ermutigen wir seine Regierung, ein energisches Programm wirtschaftlicher Reformen durchzuführen, das bilaterale und multilaterale Unterstützung finden kann.

Die Lage in den ärmsten Ländern

26.

Die Aufstockung der Strukturanpassungsfazilität des Internationalen Währungsfonds, des Sonderhilfsprogramms der Weltbank für die ärmsten und am höchsten verschuldeten Länder und die fünfte Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds sind wichtige Maßnahmen, die denjenigen Ländern zugute kommen, welche mit dem Anpassungsprozeß begonnen haben. Wir unterstreichen die Bedeutung, die wir einer umfangreichen Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation beimessen.

27.

Wie wir im letzten Jahr in Toronto nachdrücklich forderten, hat der Pariser Club im September 1988 Einvernehmen über die Modalitäten einer spürbaren Reduzierung der Schuldendienstzahlungen der ärmsten Länder erzielt. Dreizehn Länder haben bereits von dieser Entscheidung profitiert.

28.

Wir begrüßen die Zunahme des Anteils der Zuschüsse an der Entwicklungshilfe sowie die Schritte zur Umwandlung von Krediten in Zuschüsse und dringen darauf, daß weitere diesbezügliche Schritte unternommen werden. Flexibilität ist sowohl in der Entwicklungshilfe als auch bei der Umschuldung erforderlich.

29.

Wir messen der effizienten und erfolgreichen Vorbereitung der nächsten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder, die 1990 in Paris stattfinden wird, große Bedeutung bei.

Stärkung der Schuldenstrategie für die hochverschuldeten Länder

30.

Unser Lösungsansatz für die Schuldenprobleme hat bereits bedeutende Erfolge vorzuweisen, doch gibt es noch immer große Herausforderungen: In vielen Ländern muß nach wie vor ein Großteil der Exporterlöse für den Schuldendienst aufgewendet werden, Finanzierungsmittel für wachstumsfördernde Investitionen sind knapp, Kapitalflucht ist ein Schlüsselproblem, eine Verbesserung des Investitionsklimas muß Kernstück der Anstrengungen zur Erreichung eines dauerhaften Wachstums sein, das nicht mit übermäßig hohen Schulden verbunden ist. Diese Verbesserungen der gegenwärtigen Lage hängen vor allem von nachhaltigen und wirksamen wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen in den Schuldnerländern ab.

31.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen treten wir nachdrücklich für die gestärkte Schuldenstrategie ein. Diese wird sich einzelfallorientiert auf folgende Maßnahmen stützen:

- Schuldnerländer sollten mit Unterstützung des Fonds und der Bank solide wirtschaftspolitische Maßnahmen durchführen, insbesondere solche, die auf die Mobilisierung von Ersparnissen, auf Investitionsanreize und die Rückführung von Fluchtkapital abzielen;
- die Banken sollten sich verstärkt auf freiwillige marktorientierte Operationen zur Verringerung der Schulden und des Schuldendienstes konzentrieren, durch die neue Darlehen ergänzt werden sollen;
- der Internationale Währungsfonds und die Weltbank werden einen deutlichen Schuldenabbau durch das Bereithalten eines Teils der Anpassungskredite unterstützen;
- der Internationale Währungsfonds und die Weltbank gewähren durch zusätzliche Finanzmittel begrenzte Zins-sicherung für Transaktionen, die eine erhebliche Verrin-

gerung der Schulden und des Schuldendienstes beinhalten. Zu diesem Zweck sollen Treuhandkonten eingerichtet werden;

- weitere Umschuldungen durch den Pariser Club und fortgesetzte Flexibilität der Exportkreditanstalten;
- Stärkung der Möglichkeiten der internationalen Finanzinstitutionen zur Unterstützung mittelfristiger makroökonomischer und struktureller Anpassungsprogramme und zur Kompensierung der negativen Folgen von Ausfällen bei den Exporteinnahmen und von schädlichen außenwirtschaftlichen Einflüssen.

32.

Im Rahmen dieser Strategie

- begrüßen wir die kürzlich von den beiden Institutionen gefaßten Beschlüsse, Anreize für die Verringerung der Schulden und des Schuldendienstes zu schaffen und dafür angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen;
- fordern wir die Schuldnerländer nachdrücklich auf, unverzüglich Schritte zur Ausarbeitung umfassender wirtschaftlicher Reformprogramme zu unternehmen, die in Übereinstimmung mit den von den beiden Bretton-Woods-Institutionen formulierten Leitlinien zum Abbau der Schulden und des Schuldendienstes führen können;
- fordern wir die Banken nachdrücklich auf, in ihren Verhandlungen mit den Schuldnerländern realistische und konstruktive Standpunkte zu vertreten und umgehend Abkommen über Finanzierungspakete zu schließen, die Schulden- und Schuldendienstverringerungen sowie neue Kredite beinhalten. Wir unterstreichen unsere Auffassung, daß öffentliche Gläubiger nicht an die Stelle privater Geber treten sollten. Unsere Regierungen sind bereit, gegebenenfalls steuerliche, aufsichtsrechtliche und Bilanzierungsvorschriften mit dem Ziel in Erwägung zu ziehen, unnötige Hindernisse für eine Verringerung der Schulden und des Schuldendienstes abzubauen.

Umwelt

33.

In der ganzen Welt wird man sich zunehmend der Notwendigkeit bewußt, das weltweite ökologische Gleichgewicht besser zu wahren. Dabei geht es auch um ernste Gefahren für die Atmosphäre, die zu künftigen Klimaveränderungen führen könnten. Wir nehmen die zunehmende Verschmutzung der Luft, der Seen, Flüsse, Ozeane und Meere, den sauren Regen, gefährliche Stoffe, die rasch fortschreitende Wüstenbildung und Vernichtung von Wäldern mit großer Besorgnis zur Kenntnis. Eine solche Zerstörung der Umwelt gefährdet die Pflanzen- und Tierarten und untergräbt das Wohlergehen des einzelnen und der Gesellschaft.

Einschneidende Maßnahmen sind dringend erforderlich, damit wir das ökologische Gleichgewicht der Erde verstehen und schützen können. Wir werden im Hinblick auf das gemeinsame Ziel, auf der Erde eine gesunde und im Gleichgewicht befindliche Umwelt zu erhalten, zusammenarbeiten, um unsere gemeinsamen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele zu erreichen und den Verpflichtungen gegenüber künftigen Generationen gerecht zu werden.

34.

Wir fordern alle Staaten nachdrücklich auf, der wissenschaftlichen Forschung im Zusammenhang mit Umweltfragen neue Impulse zu verleihen, die erforderlichen Technologien zu entwickeln und die wirtschaftlichen Kosten und Vorteile der Umweltpolitik realistisch abzuwägen.

Die noch immer vorhandene Ungewißheit bei einigen dieser Themen sollte uns nicht zu lange vom Handeln abhalten.

In diesem Zusammenhang rufen wir alle Staaten auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Beobachtung und Überwachung weltweit zu verbessern.

35.

Wir sind der Auffassung, daß die internationale Zusammenarbeit auch im Bereich der Technologie und des Technologietransfers verstärkt werden muß, damit die Umweltverschmutzung verringert werden kann oder alternative Lösungen gefunden werden können.

36.

Wir sind der Auffassung, daß der Industrie bei der Verhinderung von Verschmutzung direkt an der Verschmutzungsquelle, bei der Verringerung von Abfall auf ein Mindestmaß, bei der Energieeinsparung sowie bei der Planung und dem Vertrieb kostengünstiger „sauberer Technologien“ eine Schlüsselrolle zukommt. Auch die Landwirtschaft muß einen wirksamen Beitrag zur Bewältigung von Problemen wie Wasserverschmutzung, Bodenerosion und Wüstenbildung leisten.

37.

Der Umweltschutz ist aus Handel, Entwicklung, Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Wirtschaftsplanung nicht wegzudenken. Daher müssen bei Wirtschaftsentscheidungen die Belange der Umwelt berücksichtigt werden. Eine solide Wirtschaftspolitik und eine solide Umweltpolitik verstärken sich nämlich gegenseitig.

Um eine umweltgerechte Entwicklung zu erreichen, werden wir die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Entwicklung mit dem Umweltschutz sicherstellen. Der Umweltschutz und damit zusammenhängende Investitionen sollten zum Wirtschaftswachstum beitragen. In diesem Zusammenhang sind verstärkte Bemühungen um bahnbrechende technologische Entwicklungen von Bedeutung, wenn Wirtschaftswachstum und Umweltpolitik miteinander in Einklang gebracht werden sollen.

Eine realistische Abschätzung der Kosten und Vorteile des Umweltschutzes sowie dessen Konsequenzen für die Ressourcen sollte den Regierungen dabei behilflich sein, die erforderlichen Entscheidungen über die richtige Kombination von Preissignalen (z. B. Steuern oder Ausgaben) und Auflagen zu treffen, die dem Wert der natürlichen Ressourcen nach Möglichkeit in vollem Umfang gerecht werden.

Wir ermutigen die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken, umweltpolitische Überlegungen in ihre Tätigkeiten einzubeziehen. Internationale Organisationen wie die OECD und die Vereinten Nationen sowie die ihnen angeschlossenen Organisationen werden gebeten, weitere Untersuchungsmethoden zu entwickeln, die den Regierungen dabei helfen würden zu beurteilen, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Förderung der Umweltqualität

angemessen wären. Wir ersuchen die OECD, im Rahmen ihrer Bemühungen um die Integration von Umweltfragen und Wirtschaftsentscheidungen zu prüfen, wie ausgewählte Umweltindikatoren entwickelt werden könnten. Wir gehen davon aus, daß die für 1992 geplante Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung dem weltweiten Umweltschutz zusätzliche Impulse verleiht.

38.

Um Entwicklungsländern bei der Behebung früherer Schäden zu helfen und sie zu umweltpolitisch wünschenswerten Maßnahmen zu ermutigen, können wirtschaftliche Anreize den Einsatz von Hilfsmechanismen und einen gezielten Technologietransfer umfassen. Ein Erlaß von Schulden aus öffentlicher Entwicklungshilfe und ein Schuldenerlaß als Gegenleistung für den Umweltschutz können in besonderen Fällen für den Umweltschutz nützlich sein.

Wir betonen auch, daß den Interessen und Bedürfnissen der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Aufrechterhaltung ihres Wirtschaftswachstums sowie den finanziellen und technologischen Erfordernissen zur Bewältigung der umweltpolitischen Herausforderungen Rechnung getragen werden muß.

39.

Der Abbau der Ozonschicht in der Stratosphäre ist alarmierend und erfordert sofortiges Handeln.

Wir begrüßen die in Helsinki gezogenen Schlußfolgerungen; diese betreffen unter anderem den völligen Verzicht auf die Herstellung und Verwendung der unter das Montrealer Protokoll fallenden Fluorchlorkohlenwasserstoffe, der so bald wie möglich und spätestens am Ende dieses Jahrhunderts erreicht werden soll. Besondere Aufmerksamkeit muß auch denjenigen zum Abbau der Ozonschicht führenden Stoffen gewidmet werden, die nicht unter das Montrealer Protokoll fallen. Wir werden die Entwicklung und Verwendung geeigneter Ersatzstoffe und -technologien fördern. Es sollte mehr Nachdruck auf Projekte gelegt werden, die Alternativen zu Fluorchlorkohlenwasserstoffen bieten.

40.

Wir sprechen uns entschieden für gemeinsame Bemühungen zur Begrenzung der Emissionen von Kohlendioxid und anderen den Treibhauseffekt hervorrufenden Gasen aus, die zu Klimaveränderungen zu führen drohen, welche die Umwelt und letztlich auch die Wirtschaft gefährden. Wir unterstützen ausdrücklich die diesbezügliche Arbeit des zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change).

Wir müssen das weltweite Netz von Beobachtungsstationen für Gase, die den Treibhauseffekt verursachen, stärken und die Initiative der Weltorganisation für Meteorologie (WOM) im Hinblick auf die Errichtung eines weltweiten Klimadaten-netzes fördern, mit dem Klimaveränderungen festgestellt werden können.

41.

Wir stimmen darin überein, daß eine effizientere Energienutzung einen wesentlichen Beitrag zu diesen Zielen leisten könnte. Wir fordern die betroffenen internationalen Organisationen dringend auf, zu Maßnahmen zu raten, darunter auch zu wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Energieein-

sparung und allgemein den Wirkungsgrad bei der Nutzung von Energieträgern jeder Art verbessern und einschlägige Techniken und Technologien fördern.

Wir bekennen uns dazu, für Kernkraftwerke den höchsten Sicherheitsstandard beizubehalten und die internationale Zusammenarbeit in bezug auf die Sicherheit des Kraftwerksbetriebs wie auch bei der Handhabung radioaktiver Abfälle zu verstärken, und wir sind uns darüber im klaren, daß die Kernenergie auch bei der Begrenzung des Ausstoßes von den Treibhauseffekt verursachenden Gasen eine wichtige Rolle spielt.

42.

Die Vernichtung der Wälder schädigt ebenfalls die Atmosphäre, und ihr muß Einhalt geboten werden. Wir fordern umweltgerechte forstwirtschaftliche Verfahren, damit die Gesamtfläche der Wälder auf der Erde erhalten werden kann. Die einschlägigen internationalen Organisationen werden ersucht werden, die Berichte über den Zustand der Waldgebiete der Erde bis 1990 fertigzustellen.

43.

Die Erhaltung der tropischen Wälder ist im Interesse der ganzen Welt dringend geboten. Obwohl wir die Hoheitsrechte der Entwicklungsländer hinsichtlich der Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen anerkennen, setzen wir uns dafür ein, daß durch eine umweltgerechte Nutzung tropischer Wälder alle dort lebenden Arten sowie die traditionellen Rechte der dortigen Bevölkerung in bezug auf Land und andere Ressourcen geschützt werden. Wir begrüßen die deutsche Initiative in diesem Bereich als Grundlage für Fortschritte.

Daher unterstützen wir nachdrücklich eine schnelle Durchführung des Aktionsplans für die tropischen Wälder, der 1986 im Rahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation angenommen wurde. Wir fordern sowohl die Verbraucher- als auch die Erzeugerländer, die in der Internationalen Tropenholzorganisation zusammengeschlossen sind, dazu auf, gemeinsame Bemühungen um einen besseren Schutz der Wälder zu unternehmen. Wir erklären uns bereit, die Bemühungen von Staaten mit tropischen Wäldern durch finanzielle und technische Zusammenarbeit sowie in internationalen Organisationen zu unterstützen.

44.

Wälder, Seen und Flüsse der gemäßigten Zonen müssen gegen die Auswirkungen säurebildender Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Stickstoffoxide geschützt werden. Es ist erforderlich, die auf dieses Ziel gerichteten bilateralen und multilateralen Anstrengungen energisch fortzusetzen.

45.

Die zunehmende Komplexität der mit dem Schutz der Atmosphäre zusammenhängenden Fragen macht innovative Lösungen erforderlich. Neue Übereinkünfte könnten in Betracht gezogen werden. Unserer Ansicht nach ist der Abschluß einer Rahmenübereinkunft über Klimaveränderungen, in der allgemeine Grundsätze oder Leitlinien festgelegt würden, dringend erforderlich, um den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft Impulse zu verleihen und sie zu systematisieren. Wir begrüßen die vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit

der Weltorganisation für Meteorologie begonnenen Arbeiten, die sich auf die Arbeit des zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen und auf die Ergebnisse anderer internationaler Zusammenkünfte stützen. Einzelne Protokolle mit konkreten Verpflichtungen könnten in dem Maße in das Rahmenübereinkommen eingefügt werden, wie es auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse erforderlich und möglich ist.

46.

Wir verurteilen die Tatsache, daß die Meere häufig wahllos als Abfalldeponien für Schadstoffe benutzt werden. Ein besonderes Problem ist die Verschlechterung des Zustands der Küstengewässer. Im Hinblick auf eine umweltgerechte Bewirtschaftung der Meeresumwelt erkennen wir an, daß internationale Zusammenarbeit bei der Erhaltung der Meeresumwelt und zum Schutz der lebenden Meeresschätze von Bedeutung ist. Wir fordern die einschlägigen Gremien der Vereinten Nationen auf, einen Bericht über den Zustand der Weltmeere zu erarbeiten.

Es ist uns ein Anliegen, daß nationale, regionale und internationale Mechanismen zur Eindämmung und Bekämpfung der Folgen von Meeresverschmutzung durch Öl verbessert werden. Wir fordern alle Staaten mit Nachdruck auf, die neuesten Überwachungs- und Sanierungstechnologien besser zu nutzen. Wir appellieren an alle Staaten, den internationalen Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Öl beizutreten und sie in vollem Umfang durchzuführen. Außerdem bitten wir die Internationale Seeschiffahrts-Organisation, Vorschläge für mögliche weitere Vorbeugungsmaßnahmen vorzulegen.

47.

Wir verpflichten uns, die uneingeschränkte Umsetzung geltender Bestimmungen im Zusammenhang mit der Umwelt zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang nehmen wir mit Interesse die Initiative der italienischen Regierung zur Kenntnis, 1990 ein Forum über internationales Umweltrecht mit Juristen, Wissenschaftlern und Beamten zu veranstalten; dieses Forum soll feststellen, ob eine Sammlung geltender Regeln notwendig ist, und die rechtlichen Aspekte der Umweltfragen auf internationaler Ebene gründlich prüfen.

48.

Wir treten dafür ein, daß bereits vorhandene wirksame Umweltinstitutionen im System der Vereinten Nationen gestärkt werden. Insbesondere muß das Umweltprogramm der Vereinten Nationen dringend gestärkt werden und mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Einige von uns waren sich darin einig, daß die Schaffung einer neuen Institution innerhalb der Vereinten Nationen ebenfalls in Betracht kommen könne.

49.

Wir haben den Bericht der in Brüssel veranstalteten sechsten Bioethik-Konferenz zur Kenntnis genommen, in dem die Erarbeitung eines weltweit gültigen Kodexes zur Umweltethik auf der Grundlage des Gedankens der Verantwortung des Menschen für die Natur geprüft wurde.

50.

Es gibt Anlaß zu internationaler Sorge, daß Bangladesch als eines der ärmsten und am dichtesten bevölkerten Länder

der Welt immer wieder durch Überschwemmungskatastrophen verwüstet wird.

Wir betonen, daß die internationale Staatengemeinschaft zur Unterstützung der Regierung von Bangladesch unbedingt wirksam und koordiniert vorgehen muß, damit für dieses große Problem technisch, finanziell, wirtschaftlich und umweltpolitisch tragfähige Lösungen gefunden werden können. In diesem Sinne und unter Berücksichtigung der bereits gewährten Hilfe nehmen wir die von Frankreich, Japan, den Vereinigten Staaten und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen initiierten verschiedenen Untersuchungen zur Kenntnis, die die Eindämmung von Überschwemmungen betreffen und von Fachleuten aus allen unseren Ländern geprüft worden sind. Wir begrüßen die sich an diese Untersuchungen anschließende Zusage der Weltbank, die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft so aufeinander abzustimmen, daß eine solide Grundlage für eine tatsächliche Verbesserung bei der Bekämpfung der Auswirkungen einer Überschwemmung geschaffen werden kann. Darüber hinaus begrüßen wir die Zusage der Weltbank, Ende dieses Jahres bei einem Treffen derjenigen Länder, die zu einer aktiven Beteiligung an einem solchen Programm bereit sind, den Vorsitz zu führen; dieses Treffen soll auf Einladung der Regierung von Bangladesch im Vereinigten Königreich stattfinden.

51.

Wir bekunden unsere politische Unterstützung für Projekte wie das gemeinsame Vorhaben zur Errichtung einer Beobachtungsstation für Gebiete der Sahara; dieses Vorhaben soll der Notwendigkeit gerecht werden, die Entwicklung dieser gefährdeten ariden Region, deren Zustand sich rasch verschlechtert, zu beobachten, damit sie wirksamer geschützt werden kann.

Drogenprobleme

52.

Das Drogenproblem hat katastrophale Ausmaße angenommen. Wir betonen die dringende Notwendigkeit entschlossener Maßnahmen, die sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu treffen sind. Wir fordern alle Staaten, insbesondere diejenigen Länder, in denen große Mengen Drogen gewonnen, vertrieben und verbraucht werden, nachdrücklich auf, sich unseren Bemühungen zur Bekämpfung der Drogengewinnung, zur Verringerung der Nachfrage und zur Verstärkung des Kampfes gegen den Drogenhandel selbst sowie gegen die damit verbundene sogenannte Geldwäsche anzuschließen.

53.

Dementsprechend beschließen wir, in den einschlägigen Gremien folgende Maßnahmen zu treffen:

- stärkere Betonung bilateraler und von den Vereinten Nationen getragener Programme für eine Umstellung illegaler Pflanzungen in den Erzeugerländern. Der Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (UNFDAC) und andere Gremien der Vereinten Nationen sowie sonstige multilaterale Organisationen sollten unterstützt, gestärkt und effektiver gestaltet werden. Diese Bemühungen könnten eine besondere Unterstützung für die Durchführung wirksamer Programme zur Beendigung des Drogenanbaus und des Drogenhandels

sowie Entwicklungshilfe und technische Unterstützung umfassen;

- Unterstützung der Bemühungen von Erzeugerländern, die zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung oder des illegalen Handels um Hilfe bitten;
- Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen in ihrem Kampf gegen Drogen durch eine Erhöhung ihrer Mittel und eine Steigerung der Effizienz ihrer Arbeit;
- Intensivierung des Austausches von Informationen über Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Drogensucht und über die Rehabilitation von Drogensüchtigen;
- Eintreten für die für 1990 geplante internationale Konferenz über Kokain und eine Verringerung des Drogenbedarfs;
- Erhöhung der Wirksamkeit der von Zusammenarbeit gekennzeichneten gegenseitigen Unterstützung in diesen Fragen, wobei die ersten Schritte darin bestehen, dem Wiener Übereinkommen über den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen umgehend beizutreten und dieses Übereinkommen zu ratifizieren und anzuwenden;
- Abschluß weiterer bilateraler oder multilateraler Übereinkünfte und gegebenenfalls Unterstützung weiterer Initiativen und Formen der Zusammenarbeit, darunter Maßnahmen, die es erleichtern, Erlöse aus Drogenvergehen zu identifizieren, ausfindig zu machen, einzufrieren, zu beschlagnahmen und für verwirkt zu erklären;
- Einberufung einer Arbeitsgruppe Finanzielle Maßnahmen, in der die Gipfelteilnehmerstaaten und andere an diesen Problemen interessierte Staaten vertreten sind. Sie hat die Aufgabe, die Ergebnisse der Zusammenarbeit, die bereits zur Verhinderung einer auf die Geldwäsche abzielenden Nutzung des Bankensystems und der Finanzinstitutionen eingeleitet worden ist, auszuwerten und zusätzliche Vorbeugungsbemühungen auf diesem Gebiet einschließlich der Anpassung der Gesetze und Vorschriften zur Verbesserung der Rechtshilfe zwischen den Staaten in Betracht zu ziehen. Das erste Treffen dieser Arbeitsgruppe wird von Frankreich anberaumt, und ihr Bericht wird bis April 1990 fertiggestellt.

Internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen AIDS

54.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß entsprechend dem Beschluß des Gipfeltreffens in Venedig (Juni 1987) ein internationaler Ethikausschuß für AIDS eingesetzt worden ist, der im Mai 1989 in Paris zusammentraf. In diesem Ausschuß, an dem sich die Weltgesundheitsorganisation aktiv beteiligt, kamen die Teilnehmerstaaten des Gipfeltreffens und die anderen Mitglieder der EG zusammen.

55.

Wir nehmen die Stellungnahmen, die wir von verschiedenen Staats- bzw. Regierungschefs und von einigen Organisationen erhalten haben, zur Kenntnis und werden sie mit Interesse prüfen.

Nächster Weltwirtschaftsgipfel

56.

Wir haben die Einladung des Präsidenten der Vereinigten Staaten angenommen, im nächsten Jahr in den Vereinigten Staaten von Amerika zusammenzutreffen.